

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 209 November 2001

Steuergeschenke in Uster und anderswo:

Es wird für alle Reichen reichen



P.P. Uster

Inhalt

Martin Bornhauser und Esther Rickenbacher in den Stadtrat 3
Stadtratswahlen 2002: SP Uster strebt einen zweiten Sitz an

Spiel mit Usters finanzieller Gesundheit 4
Steuersenkungen in Uster: Falsche bürgerliche Finanzpolitik
Von Rolf Graf

Reiche profitieren 32mal mehr 5
Steuersenkungen in Uster: Wer spart wieviel?
Berechnungen von Rolf Graf

Keine Reserven, dafür Schulden 6
Steuersenkungen in Uster: Die Investitionen der Stadt liegen in Millionenhöhe
Von Dagmar Anderes

Chronik der Steuergeschenke 7
Steuersenkungen in Uster: Wer bislang im Bund und im Kanton profitierte
Von Stefan Feldmann

Vom Velo fliegen 8
Die aktuelle Seite: Swissair-Debakel und weshalb der Staat eingreifen musste
Von Regula Götsch

Die Parolen der SP Uster für den 2. Dezember 8

Eine Frage der Gerechtigkeit 9
Eidgenössische Abstimmung vom 2. Dezember: Kapitalgewinnsteuer
Von Serge Gaillard

Ende einer bürgernahen Polizeiarbeit 9
Eidgenössische Abstimmung vom 2. Dezember: Volksinitiative Einheitspolizei
Von Stefan Feldmann

Misch-Masch 11

Veranstaltungskalender 12

Editorial



Stellen Sie sich vor: Sie arbeiten Tag für Tag, Woche für Woche, und der Lohn, den sie dafür nach Hause tragen, reicht für das tägliche Leben ihrer Familie mehr schlecht als recht. Was tun Sie in dieser Situation? Klar, sie setzen sich an den Familientisch und schauen, wo man allenfalls auf etwas verzichten, wo man vielleicht etwas billiger kaufen könnte. Die Kinder sind natürlich nicht gerade erfreut, dass es für den neuen Gameboy nicht reicht und die Ferien finden statt am Mittelmeer auf dem heimischen Balkon statt. Doch die Einschränkungen sind nötig und am Ende reicht es dann doch: Sie können die Ausgaben fürs tägliche Leben berappen, ja es bleibt sogar noch etwas Bescheidenes übrig, fürs Sparbüchlein. Denn das alte, durchgessene Sofa muss ja dann doch einmal ersetzt werden.

So weit, so gut. Aber jetzt kommen wir zur entscheidenden Frage: Würden Sie in dieser Situation zu Ihrem Chef gehen und ihm sagen, dass sie Ihr Pensum reduzieren und damit auf einen Teil Ihres Lohnes verzichten wollen? Kaum, eher würden Sie sich wohl noch einen Zweitjob suchen, damit es vielleicht doch noch für die Ferien am Mittelmeer reicht. Da handeln Sie ganz vernünftig, im Gegensatz zum Stadtrat von Uster: Er will, obwohl er die laufenden Ausgaben nicht decken kann, die Einnahmen reduzieren.

Warum tut der Stadtrat das? Sicher: Wer zahlt schon gerne Steuern? Niemand. Und dennoch sind sie nötig, um Infrastruktur wie Strassen, Energie und Wasser zu Verfügung zu stellen, um den Service Public zu erbringen, um den Sozialstaat abzusichern und seit neuestem dort einzuspringen, wo die Privatwirtschaft kläglich versagt hat (Swissair-Debakel). Diese Beispiele zeigen, ein gesunder Haushalt der öffentlichen Hand, egal ob bei Bund, Kanton oder Gemeinde, ist nötig, Steuereinnahmen wichtig. Der Stadtrat findet dies offenbar nicht, denn er spielt mit der finanziellen Gesundheit der Stadt Uster.

In diesem FORUM wollen wir Ihnen zeigen, was die vom Stadtrat vorgeschlagene Steuersenkung bedeutet – etwa dass bis im Jahr 2005 das Eigenkapital der Stadt Uster aufgebraucht, das Sparbüchlein unserer Gemeinde gleichermaßen leer sein wird. Wir wollen Ihnen zeigen, dass auch von dieser Steuersenkung in erster Linie die Reichen profitieren. Wiedereinmal. Und wir wollen Ihnen zeigen, dass die bürgerliche Floskel «Wir müssen halt das Wünschbare vom Nötigen trennen» wirklich nur eine Floskel ist.

Der SP/Juso-Gemeinderatsfraktion ist die finanzielle Gesundheit der Stadt Uster wichtig, sie wird deshalb die Steuersenkung im Gemeinderat bekämpfen. Sie tut dies, auch wenn die nächsten Wahlen vor den Türen stehen und die Versuchung, sich mit einem Steuergeschenklein bei den Stimmberechtigten einzuschmeicheln, natürlich gross ist...

Stefan Feldmann

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	14 600
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Dagmar Anderes, Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Rolf Murbach, Fredi Gut
Layout:	Fredi Gut
Vertrieb:	Stefan Feldmann
Druck:	Ropress Zürich
Titelbild:	Pressedienst

Stadtratswahlen 2002: SP Uster strebt zweiten Sitz an

Martin Bornhauser und Esther Rickenbacher in den Stadtrat



Kandidieren für die SP Uster für den Stadtrat: Esther Rickenbacher und Martin Bornhauser.

Die Wahlen 2002 rücken näher: Im Herbst nominieren die Ustermer Parteien traditionellerweise ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtrats- und Gemeinderatswahlen. So auch die SP Uster: An einer Mitgliederversammlung am 20. September wurden Martin Bornhauser und Esther Rickenbacher als StadtratskandidatInnen nominiert.

Der Entscheid der Monatsversammlung der SP Uster wurde mit Spannung erwartet: Nach ausführlicher Diskussion wurden Martin Bornhauser und Esther Rickenbacher für die Stadtratswahlen nominiert. Ein ausgewogenes Ticket: Mit Martin Bornhauser wurde ein erfahrener Gemeinde- und Kantonspolitiker nominiert, mit Esther Rickenbacher die wichtige und nötige Präsenz der Frauen im Stadtrat aufs Schild gehoben, treten doch bei den kommenden Gesamterneuerungswahlen am 3. März zwei der drei bisherigen Stadträtinnen zurück.

Martin Bornhauser: Ein bekannter Name

Martin Bornhauser ist 51 Jahre alt und wohnt mit seiner Familie in Nänikon. Er war von 1985 bis 1991 Mitglied des Ustermer Gemeinderates, im Amtsjahr 1987/88 stand er dem Ustermer Parlament als Gemeinderatspräsident vor. Seit 1991 ist Martin Bornhauser Mitglied des Zürcher Kantonsrates, welchen er seit Mai dieses Jahres präsidiert. Zuvor gehörte er der kantonsrätlichen Geschäftsprüfungskommission an, vier Jahre davon als Vizepräsident. Martin Bornhauser ist Jurist und Jugendanwalt für die Bezirke Uster und Meilen.

Esther Rickenbacher: Die Frauen stärken

Esther Rickenbacher ist 48 Jahre alt und wohnt in Oberuster. Sie war von 1990 bis 1996 Mitglied des Ustermer Gemeinderates. Darüberhinaus engagierte sie sich für diverse Frauenanliegen

und gehörte zu den Organisatorinnen des Frauenstreiktages von 1991. Sie hat auf dem zweiten Bildungsweg Jura studiert und amtiert seit Januar 2000 als teileamtliche Richterin am Bezirksgericht Uster.

Spannender Wahlkampf

Die SP Uster erwartet einen äusserst spannenden Wahlkampf. Einerseits treten gleich drei bisherige Mitglieder des Stadtrates zurück, andererseits sind bisher zehn Kandidaturen für die sieben zur Verfügung stehenden Sitze angekündigt. Mit ihren beiden KandidatInnen stellt die SP Uster erneut den Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Ustermer Exekutive. Sie ist davon überzeugt, dass sie nicht nur aufgrund ihres Wählerstimmenanteils in Uster ein Anrecht auf einen zweiten Sitz hat, sondern dass sie den Ustermer WählerInnen auch zwei fähige KandidatInnen zur Wahl vorschlägt.

Steuersenkungen in Uster: Falsche bürgerliche Finanzpolitik

Spiel mit Usters finanzieller Gesundheit



Auch ich zahle nicht übermässig gerne Steuern. Es ist ein wenig wie mit der jährlichen Kontrolle beim Zahnarzt. Niemand geht gerne hin, und doch gehen wir, auch wenns manchmal weh tut. Denn wir wissen, es ist notwendig, damit wir später nicht noch mehr leiden müssen. Und mit den Steuern ist es ähnlich: Niemand bezahlt sie gerne, und zwischendurch tun sie weh, aber wir bezahlen sie, im Wissen darum, dass wenn wir jetzt nicht zahlen, wir später mit der Finanzierung des Gemeinwesens Probleme haben und mehr «bluten» müssen. Und somit sei auch schon gesagt, dass ich – und das trifft auch auf die SP/Juso-Gemeinderatsfraktion zu – nicht generell gegen Steuerfussenkungen bin. Aber bitte doch nur dann, wenn wir finanziell so «gesund» sind, dass wir dies auch ohne Gefahr tun können.

Von Rolf Graf, SP-Gemeinderat

Bereits mit dem letzte Budget hat die Stadt Uster einen unverständlichen Weg eingeschlagen: Trotz einem negativen Budget hat der Gemeinderat den Steuerfuss um ein Prozent gesenkt. Das wäre ungefähr so, wie wenn eine Person ihre Erwerbsarbeit reduziert, obwohl bereits der bisherige Lohn trotz Sparen an allen Ecken und Enden kaum für das Notwendigste ausreicht. Etwas, was keine verantwortungsbewusste Person freiwillig machen würde. Und so anders als ein privates Haushaltbudget ist das Budget der öffentlichen Hand auch nicht, zumindest was die laufende Rechnung betrifft: Die jährlich anfallenden Ausgaben sollten, wenn immer möglich, durch die jährlich laufenden Einnahmen gedeckt werden, so dass nicht auf das Gesparte – was im Falle der Stadt Uster nicht gerade übermässig viel ist – zurückgegriffen werden muss. Am besten ist, man erzielt auch noch einen kleinen Überschuss, der dazu beiträgt, dass die künftigen Investitionen in Schulen, Heime oder andere Infrastruktur – und in Uster stehen viele davon an – ohne übermässige Neuverschuldung getätigt werden können. Nun, wir haben Glück, zumindest für 2001: Der Steuerkraftausgleich des Kantons fällt 2001 mit 14 Millionen Franken 4 Millionen höher aus als budgetiert, so dass die

Der **Steuerkraftausgleich** ist einer von zwei Instrumenten des Kantons, mit denen verhindert werden soll, dass die Schere zwischen armen und reichen Gemeinden zu stark auseinander klafft. Die begüterten Kommunen liefern einen Teil ihres Überschusses ab, damit die «ärmeren» wie Uster ihre Steuerkraft (Steuerbetrag pro Kopf) auf mindestens 70 und maximal 90 Prozent des kantonalen Mittels anheben können. Wer diesen Ausgleich beziehen will, muss seinen Steuerfuss mindestens auf das kantonale Mittel anheben.

Rechnung trotzdem mit einem Überschuss abschliessen wird.

Flugs ein Defizit

Der Stadtrat möchten nun aber für 2002 die Steuern nochmals senken: 2 Prozent bei der Politischen Gemeinde und 2 Prozent bei der Oberstufenschulgemeinde. Und so wird – wenn man beide Budgets zusammenzieht – aus einem Überschuss von einer Million Franken flugs ein Defizit von 1,2 Millionen Franken. Der Stadtrat hat sich bei seinem Entscheid die Frage, ob sich Uster dies mittel- und langfristig überhaupt leisten kann, nicht gestellt oder zumindest falsch beantwortet. Denn dieses Mal hat er die Einnahmenseite bis aufs Äusserste ausgereizt:

- Der Steuerkraftausgleich wurde erneut mit 14 Millionen Franken eingesetzt. Wissend, dass der Steuerkraftausgleich nicht beeinflusst werden kann und es durchaus Konstellationen gibt – wenn etwa die Steuerkraft

der Flughafengemeinden durch den Swisair-Crash zusammenkracht oder die oberste Progressionsstufe im Steuertarif wirklich gestrichen wird –, durch die dieser kantonale Geldsegen plötzlich kleiner wird.

- Er hat die ausserordentlichen Abschreibungen netto um 2 Millionen reduziert. Bei einem «gesunden» Investieren reicht dies nicht mal für die nächsten zwei Jahre aus, danach werden die Abschreibungen jedes Jahr um ca. 1,5 Millionen Franken zunehmen, so dass ab dann der Steuerfuss wieder laufend erhöht werden muss, wenn die Rechnung nicht ganz aus dem Ruder laufen soll.

Die Folge dieser Politik: Schon in Kürze werden wir von der Substanz, vom Gesparten leben, statt es in die Zukunft unserer Stadt zu investieren.

Uster hat keine Wahl

Auch Sie müssen sich entscheiden, was Sie mit Ihrem Gesparten machen: Gehen Sie ein Jahr nicht zur Arbeit und decken ihre Ausgaben fürs tägliche Leben vom Ersparten auf dem Bankkonto? Oder investieren Sie das Geld lieber in Ihr Eigenheim? Sicher ist, Sie können es nur einmal ausgeben. Aber immerhin: Sie haben die Wahl. Die Stadt Uster hat diese Wahl nicht, denn der grosse, überwiegende Teil der Investitionen ist unabwendbar, weil gesetzlich vorgeschrieben (Bereitstellung von Schulraum, Sanierung der Kanalisation etc.) oder können nicht mehr länger aufgeschoben werden (Investitionen in Heime, ins Spital etc.). Der finanzielle Spielraum für Uster ist klein und der bürgerliche Stadtrat will diesen Spielraum noch weiter einengen.

Ob dies wohl damit zusammenhängt, dass im nächsten Frühjahr Wahlen sind?

Die Steuerfüsse der letzten Jahre

	2000	2001	2002
Politische Gemeinde	100	99	97
Oberstufenschulgemeinde	22	22	20
Total Stadt Uster	122	121	117
Kanton	108	105	105
Total Kanton und Gemeinde	230	226	222

Steuersenkungen in Uster: Wer spart wieviel?

Reiche profitieren 32mal mehr

«Damit Deinem Schatz mehr zum Leben bleibt.» So wirbt seit Jahren eine bürgerliche Partei für Steuersenkungen. Und wer möchte diesem Satz nicht zustimmen? «Dank einer Steuerfussenkung erhalten alle etwas zurück.» So argumentieren andere bürgerliche PolitikerInnen, wenn sie den Leuten Steuersenkungen schmackhaft machen wollen. Und auch da: Wer möchte dem widersprechen? Nur – und hier setzt die Kritik der SP an – profitieren vom Geldsegen nicht alle gleich, denn Steuerfussenkungen funktionieren immer nach dem gleichen Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben.

Und dies ist keine billige Propaganda, das Ganze lässt sich ohne grosse Probleme belegen: Der Steuerspezialist unter den SP-GemeinderätInnen, Rolf Graf, hat für FORUM drei Beispiel durchgerechnet, wer von den UstermerInnen von der geplanten vierprozentigen Steuerfussenkung wieviel profitieren wird. Und das Ergebnis ist klar und eindeutig: Ein Ehepaar mit einem Kind, hohem Einkommen und einigem Vermögen (Beispiel 3) profitiert dank der Steuerfussenkung 32mal mehr als ein entsprechendes Ehepaar mit geringem Einkommen (Beispiel 1). Ein ledige Person mit hohem Einkommen und Vermögen profitiert immerhin noch 24mal mehr als eine ledige Person mit geringem Einkommen.

Und je mehr der Steuerfuss sinkt, um so grösser wird der Unterschied. Bekanntlich fordert ja die SVP im Kanton eine 17prozentige Steuerfussenkung. Sollte sich die «Volks»partei durchsetzen, dann spart die Familie aus Beispiel 1 gerademal 225 Franken, während die Familie im Beispiel 3 immerhin 7243 Franken weniger an Steuern zu zahlen braucht: Ein Unterschied von immerhin 7000 Franken also!

Eine gerechte Sache? FORUM findet: Sicher nicht! Und getraut sich schon gar nicht auszurechnen, wieviel bei einer solchen Steuerfussenkung Einkommensmillionäre wie Christoph Blocher, Walter Frey, Eric Honegger oder Vreni Spoerry verdienen. Aber der SVP sei geraten, ihren Slogan dringend der Wahrheit anzupassen. Wie wärs mit: «Damit dem Christoph mehr zum Leben bleibt»? (sf)

Beispiel 1

	Verheiratet, 1 Kind		Ledig	
	bisher	neu	bisher	neu
Steuerbares Einkommen	40'000.-			
Steuerbares Vermögen	0.-			
Stadt Uster*	1294.70	1251.90	1919.06	1855.62
Kanton Zürich	1123.50	1123.50	1665.30	1665.30
Personalsteuer	48.-	48.-	24.-	24.-
Total Staats- und Gemeindesteuern	2466.20	2423.40	3608.36	3544.92
Gespart	42.80		63.44	

Beispiel 2

	Verheiratet, 1 Kind		Ledig	
	bisher	neu	bisher	neu
Steuerbares Einkommen:	80 000.-			
Steuerbares Vermögen:	50 000.-			
Stadt Uster*	4513.30	4364.10	5876.97	5682.69
Kanton Zürich	3916.50	3916.50	5099.85	5099.85
Personalsteuer	48.-	48.-	24.-	24.-
Total Staats- und Gemeindesteuern	8477.80	8328.60	11 000.82	10 806.54
Gespart	149.20		194.28	

Beispiel 3

	Verheiratet, 1 Kind		Ledig	
	neu	bisher	neu	bisher
Steuerbares Einkommen:	350 000.-			
Steuerbares Vermögen:	1 500 000.-			
Stadt Uster*	41 734.11	40 354.47	47 269.86	45 707.22
Kanton Zürich	36 215.55	36 215.55	41 019.30	41 019.30
Personalsteuer	48.-	48.-	24.-	24.-
Total Staats und Gemeindesteuern	77 997.66	76 618.02	88 313.16	86 750.52
Gespart	1379.64		1562.64	

*Stadt Uster: Politische Gemeinde Uster und Oberstufenschulgemeinde Uster zusammen (für Nänikon und Werrikon, welche nicht zur Oberstufenschulgemeinde Uster gehören, sind die Zahlen deshalb nicht zutreffend)

Steuersenkungen in Uster: Die Investitionen der Stadt liegen in Millionenhöhe

Keine Reserven, dafür Schulden



Ein Blick in die Investitionsplanung der Stadt Uster zeigt: Bis 2005 ist das Eigenkapital der Stadt Uster aufgebraucht. Das «ceterum censeo» der Bürgerlichen, dass das Wünschbare vom Notwendigen zu unterscheiden sei, ist dabei reine Augenwischerei: Viele der geplanten Investitionen sind entweder vom Gesetz her vorgeschrieben oder sind schlicht und einfach nicht mehr länger aufzuschieben.

Von Dagmar Anderes, SP-Gemeinderätin

Stellen Sie sich vor, Sie besitzen ein Haus. Bereits heute wissen Sie, dass nächstes Jahr die Fenster saniert werden müssen. 2003 ist eine neue Heizung fällig, und spätestens 2004 muss das Dach teilweise ersetzt werden. Der Gedanke an die Kosten, die damit auf Sie zukommen, lässt Sie ihre Wünsche nach einer neuen Schlafzimmereinrichtung oder gar einem Wintergarten schnell beiseite schieben.

Über 23 Millionen Franken im nächsten Jahr

Die Stadt befindet sich in einer ähnlichen Situation. Die Kosten, die auf sie zukommen, sind gewaltig: Allein fürs Jahr 2002 wird mit Investitionen von über 23 Millionen Franken gerechnet. Innerhalb der Planperiode (2002 bis 2006) beträgt die beabsichtigte Investitionssumme weit über 120 Millionen Franken! Genau wie beim Beispiel mit dem Haus, handelt es sich dabei um absolut notwendige Ausgaben. So wird das Geld unter anderem für den Ersatzbau des Altersheim Dietersrain, für die Sanierung des Schulhauses Oberuster und der heilpädagogischen Schule sowie für die Sanierung der ARA (Kläranlage) benötigt.

In seinen Ausführungen zum Voranschlag 2002 hält der Stadtrat denn auch fest: «Aufgrund des Werterhaltungsgedankens, der wachsenden Einwohnerzahl sowie politischen Entscheiden (z.B. Sanierung Burgstrasse) bestehen Sachzwänge, welche zu den somit wohl oder übel hinzunehmenden Investitionszahlen 2002 führen.»

Wenn die Bürgerlichen also immer wieder betonen, um Kosten zu sparen, müsse man halt das Wünschbare vom Notwendigen trennen, so ist dieser Ratschlag angesichts der ge-

schilderten Umstände zynisch. Oder ist man in diesen Parteien der Ansicht, Ausgaben für neuen Schulraum, für das Bildungszentrum Hohfuren und die Sanierungen der Heime seien Luxus? Genau aber solche Projekte stellen die grossen «Brocken» in der Investitionsplanung bis 2006 dar. Dass man bei anderen Vorhaben, etwa im Strassenbau, gewisse Abstriche aufgrund von Kostenreduktionen ins Auge fassen muss, ist etwas anderes. Angesichts der Millionensumme sind diese Ausgaben jedoch bloss ein Tropfen auf den heissen Stein.

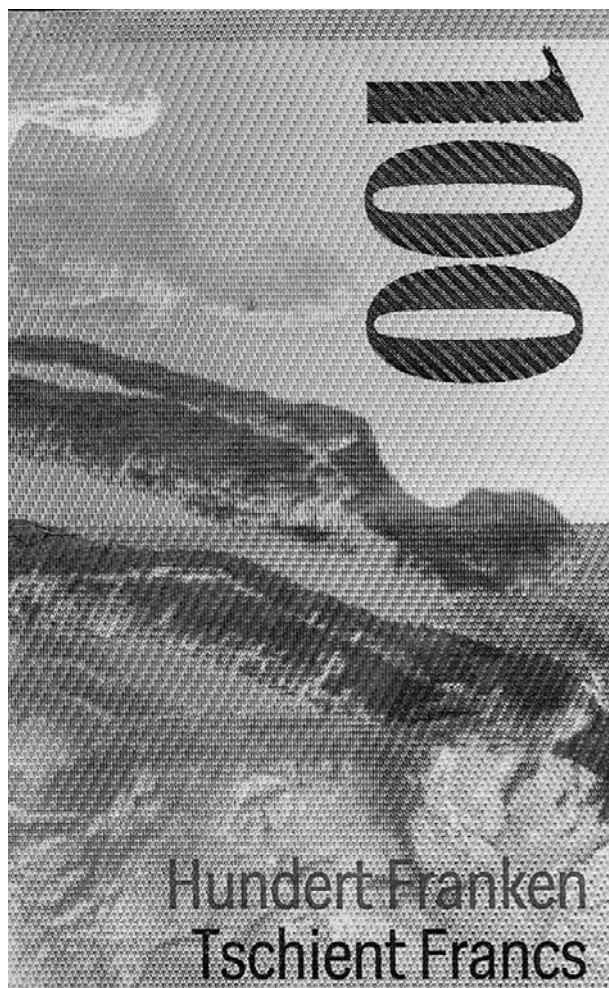
Die Stadtkasse ist bald leer

Aufgrund der hohen Investitionen geht der Stadtrat aus heutiger Sicht von einem Selbstfinanzierungsgrad der Stadt in den kommenden Jahren im Bereich zwischen 30 und 50 Prozent aus. Konkret heisst das, die Stadt kann ihre Ausgaben nicht mehr selber finanzieren, sie muss Kredit aufnehmen. Der Betrag dürfte um die 80 Millionen Franken betragen. Das allerdings scheint den Stadtrat nicht gross zu beunruhigen. Auch das Wissen, dass die angestrebten, finanzpolitisch sinnvollen jährlichen Nettoinvestitionen von rund 13 Millionen Franken (dies entspricht einem Viertel des einfachen Steuerertrages) mit durchschnittlich 24,7 Millionen Franken in den nächsten Jahren bei weitem überschritten werden, bereitet ihm offenbar kein Kopfzerbrechen. Warum sonst könnte er sich für eine Reduktion des Steuerfusses um 4 Prozent aussprechen? Die Vermutung liegt nahe, dass damit einzig und allein den Forderungen aus dem bürgerlichen Lager genüge getan werden soll.

Verantwortungsloser Stadtrat

Für die SP ist die Forderung einer Steuersenkung angesichts der anfallenden Investitionen nicht nur unangebracht sondern schlichtweg verantwortungslos. So bedeuten weniger Steuereinnahmen einen höheren Kreditbedarf. Die Folge sind höhere Zinsen und das heisst wiederum, es geht Geld «verloren». Und nicht zuletzt: Was geschieht, wenn abgesehen von den geplanten Investitionen noch unvorhergesehene hinzukommen (es sei an den Sturm Lothar erinnert)? Oder anders gefragt: Was machen Sie als HausbesitzerIn, wenn unerwarteterweise auch noch die Waschmaschine aussteigt und ersetzt werden muss?

Um eine verfügbare Reserve – anstelle eines Schuldenberges – wären Sie in diesem Fall sicher froh.



Mit den bevorstehenden Investitionen fehlen der Stadt Uster nicht nur hundert «Schtutz», sondern rund 80 Millionen Franken.

Steuersenkungen in Uster: Wer bislang im Bund und im Kanton vom Steuersenkungenprofitierte

Chronik der Steuergeschenke



Es heisst, Politik sei die Kunst des Machbaren. Bislang stimmte dieser Satz, manchmal zum Leidwesen vieler Basismitglieder aller Parteien, die mit einem von ParlamentarierInnen ausgehandelten Kompromiss leben mussten. Doch damit ist jetzt Schluss: Bürgerliche FinanzpolitikerInnen setzen dazu an, auch das ökonomisch Nichtmachbare möglich zu machen, auch auf die Gefahr hin, dass so aus dem Staat wirklich Gurkensalat gemacht wird. Eine Chronik der Steuergeschenke und wer von ihnen profitiert hat.

Von Stefan Feldmann, SP-Gemeinderat

Steuergesetz Kanton Zürich, 1. Teil

Am 3. Februar 1997 beschloss der bürgerlich dominierte Kantonsrat ein neues Steuergesetz für den Kanton Zürich. Hauptpunkt der Revision war der Wechsel zur Gegenwartsbesteuerung. Verglichen mit der Steuergeschenk-Euphorie, die ab 1998 um sich greifen sollte, war diese Steuergesetzrevision noch vergleichsweise moderat. Aber dennoch: Der Maximalsteuersatz für Verwaltungsgesellschaften wurde von 12 auf 10 Prozent gesenkt, was Steuerausfälle von 80 Millionen Franken zur Folge hatte. Diese Senkung, die ebenfalls enthaltenen Geschenke an HauseigentümerInnen und eine steuerliche Entlastung von niederen Einkommen – die allerdings eher kleinlich ausfiel – musste aber von den RentnerInnen berappt werden, deren Renten von da an voll besteuert werden.

Erbschaftssteuer

Eine Initiative aus SVP-Kreisen forderte 1999 eine vollständige Abschaffung der Erbschaftssteuern im Kanton Zürich, was für den Kanton einen Steuerausfall von 400 Millionen mit sich gebracht hätte. Der Vorschlag ging selbst dem Kantonsrat zu weit und so formulierte er einen Gegenvorschlag, welcher die direkten Nachkommen von der Erbschaftssteuer befreite. Während die Initiative von der Zürcher Bevölkerung am 28. November 1998 verworfen wurde, wurde der Gegenvorschlag knapp angenommen. Aus dem Gegenvorschlag resultierte für die öffentliche Hand ein Minus von 235 Millionen Franken. Von der Abschaffung profitierte

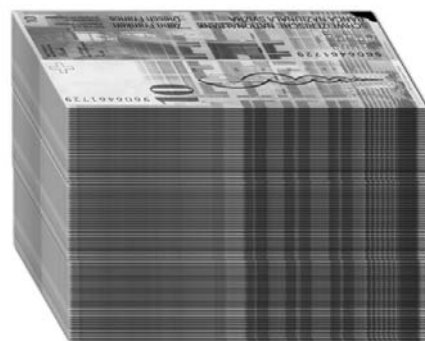
haben ausschliesslich die Reichen, denn schon vor der Gesetzesänderung waren Erbschaften bis 100 000 Franken – und dies sind drei Viertel aller Erbfälle – für direkte Nachkommen steuerfrei.

Senkung Spitzensteuersatz

Am 3. September 2001 hat der Zürcher Kantonsrat eine Parlamentarische Initiative aus FDP-Kreisen gutgeheissen, die die Senkung des Maximalsteuersatzes von 13 auf 12 Prozent fordert. Ein Steuergeschenk, welches exklusiv den reichsten zwei Prozent in unserem Kanton zugute kommt: Denn erst wer ein Einkommen von über 224 300 Franken versteuert, erreicht diesen Maximalsteuersatz. Durch die Senkung entstehen Steuerausfälle von rund 30 Millionen Franken. Und die Hoffnung, dass danach mehr Wohlhabende in den Kanton Zürich ziehen werden, ist gar keine, denn durch die Senkung sparen diese «nur» 9000 Franken an Steuern – verglichen mit dem Steuersatz in Freienbach wohl kaum ein Argument...

Abschaffung Stempelsteuer

Am 26. September 2001 beschloss der Nationalrat das grösste Steuergeschenk-Paket in der Schweizer Geschichte: 3 Milliarden Franken! Darunter ist etwa auch die Abschaffung der Stempelsteuer, ein Geschenk an die Banken, Lebensversicherer etc. Durch die Abschaffung der Stempelsteuer gehen 260 Millionen Franken verloren. Im Gegenzug schiesst der Bund dafür Milliarden für die Swissair ein, währenddessen die Banken, die von der Abschaffung der Stempelsteuer profitieren, mit der Crossair ein «Schnäppchen» machen.



Selbstbedienungsladen für die Reichen: Hier ein Geschenk, da ein Geschenk, dort noch eins und so fort. Alles zusammen läppert sich zu einer ansehnlichen Summe.

Abschaffung Eigenmietwertbesteuerung

Am 26. September 2001 beschloss der Nationalrat auch die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung. Dagegen wäre nichts einzuwenden, hätte er auch gleichzeitig die Abzugsmöglichkeiten für HauseigentümerInnen gestrichen und somit den längst fälligen Systemwechsel vollzogen. Doch dem ist nicht so: Abzüge dürfen auch weiterhin (auch wenn in etwas kleinerem Umfang) getätigt werden. Und so wird aus dem Systemwechsel ein weiteres Steuergeschenk an die HausbesitzerInnen in der Höhe von rund 310 Millionen Franken. Besonders stossend daran: 1999 hatte das Volk eine Initiative des Hauseigentümerverbandes mit der gleichen Stossrichtung klar und deutlich verworfen.

Steuergesetz Kanton Zürich, 2. Teil

Am 18. Oktober 2001 stellte Finanzdirektor Christian Huber ein weiteres Steuergeschenk-Paket vor. Das Steuergesetz soll erneut geändert werden und von den vorgesehenen Änderungen – vorzeitiger Ausgleich der kalten Progression, Senkung des Spitzensteuersatzes – profitieren wiederum fast ausschliesslich die Reichen: Von den prognostizierten Ausfällen von 290 Millionen Franken kommen rund 46 Millionen den unteren Einkommen zugute, die restlichen 244 Millionen den Wohlhabenden.

Und so weiter und so fort...

Weitere Steuergeschenke sind in der Pipeline: Etwa die Abschaffung der Handänderungssteuer (minus 100 Millionen Franken), weitere Entlastungen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer (minus 240 Millionen Franken) usw. usf. Dreimal dürfen sie raten, wer davon in erster Linie profitieren wird...

Und zum Schluss noch dies: Sowohl die SP wie die SVP haben eine Steuer-Initiative eingereicht. Die SVP-Initiative will, dass der kantonale Steuerfuss auf 98 Prozent des einfachen Staatssteuersatzes festgelegt wird, die SP-Initiative verlangt dagegen zur Hauptsache die Steuerbefreiung des Existenzminimums. Die SVP-Initiative mit ihrer generellen Steuerfuss-Senkung hilft vor allem den Menschen mit hohem Einkommen (vgl. dazu Seite 5), die SP-Initiative Menschen mit niedrigen Einkommen. Während die eben erst eingereichte SVP-Initiative wohl dem Volk unterbreitet werden wird, beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, die SP-Initiative für ungültig zu erklären...

Die aktuelle Seite: Swissair-Debakel und weshalb der Staat eingreifen musste

Vom Velo f l i e g e n



Das Swissair-Debakel war das Gesprächsthema in den letzten Wochen. Viele Menschen, darunter auch viele Genossinnen und Genossen haben

sich gefragt, ob es richtig war, der Swissair mit Steuergeldern unter die Flügel greifen. Regula Götsch, SP-Kantonsrätin, Flughafenwohnerin und Mutter zweier Kinder, erklärt, warum die staatliche Hilfe nötig war.

Von Regula Götsch,
SP-Kantonsrätin, Kloten

Ich schaue mir die Fernsehsendung «Arena» nie an, weil es mich rasend macht, daheim zu sitzen und nichts sagen zu dürfen zu dem, was da am Bildschirm diskutiert wird. Wissen Sie, was noch schlimmer ist als das? Tatsächlich in der «Arena» zu sitzen und nichts sagen zu können, weil man einfach nicht drankommt! So ist's mir kürzlich widerfahren. Und weil ich meine Weisheiten nicht im Fernsehen verzapfen durfte, kommen Sie, geschätzte Leserschaft, jetzt in diesen Genuss.

Der ganze Streit um die Finanzierung einer neuen schweizerischen Fluggesellschaft erinnert mich an ein Kind, das lernt, Velo zu fahren. Das Kind in diesem Bild ist die Wirtschaft und wenn man sich in Erinnerung ruft, wie die Wirtschaftsvertreter in der Arena darüber stritten, ob man eher mit der Swissair oder der Air India nach Dehli oder Kloten fliegen solle, fällt einem dieser Vergleich nicht schwer. Das Kind hat also einen Versuch mit dem Fahrrad unternommen und ist gewaltig auf die Schnauze gefallen, was man mit anderen Worten auch als Grounding bezeichnen könnte. Vater Staat hat ein Weilchen zugesehen wie das Kind am Boden strampelte und heulte, bis er zu Hilfe eilte und zuerst einmal das Fahrrad wieder einigermaßen zurechtbog, das ein gewaltiges Ahti im Rad hatte. Papa Staat konnte es sich daraufhin nicht leisten, das Kind noch ein paarmal auf- und unsanft wieder absteigen zu lassen, weil das Fahrrad dies nicht überlebt hätte. Also verpasste er dem Velo Stützräder – sprich, er nahm

einen Haufen Geld in die Hand, um die schweizerische Luftfahrt wenigstens nicht sofort und nicht gänzlich sterben lassen zu müssen. Dem Kind passte das zwar gar nicht, lieber hätte es immer wieder ein neues Velo bekommen, aber der Papi ist halt finanziell nicht auf Rosen gebettet (woran das Kind, das ständig nach Steuer-senkungen schreit, nota bene nicht unschuldig ist). Die Diskussionen der letzten Wochen haben etwas gezeigt, das man eigentlich schon lange weiss: Die Marktwirtschaft ist das beste System, das wir kennen, um möglichst viele Leute mit dem zu versorgen, was sie zum Leben brauchen. Aber die Marktwirtschaft hat auch einige Tücken und Fehler, es gibt immer wieder Situationen, wo sie versagt. Und: Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn der Staat für ein stabiles Umfeld sorgt, wozu zum Beispiel die Abwesenheit von Krieg gehört oder eine einigermaßen gerechte Verteilung der Lasten. Seit Jahr und Tag wurde uns vorgebetet, die Marktwirtschaft sei unfehlbar und funktioniere um so besser, je weniger der Staat sich einmische. Wir haben spätestens jetzt und sehr bitter gelernt, dass dies in solcher Absolutheit nicht wahr ist. Die Interessen der Wirtschaft sind nicht immer genau dieselben wie die Interessen der Menschen und deshalb braucht es einen starken und handlungsfähigen Staat, der im Notfall, wenn das Kind vom Velo fällt, eingreifen kann. Nach einer Weile werden die Stützräder nicht mehr nötig sein und der verständige Vater wird sie gerne wieder abschrauben – wenn das Kind soweit ist.

Und noch ganz nebenbei und um wieder auf die «Arena» zurückzukommen: Der Boss der Economiesuisse (früher Vorort genannt) hat einerseits gepredigt, dass der Wirtschaftsstandort auf Direktverbindungen in alle Welt angewiesen sei und darum brauche es eine schweizerische Fluggesellschaft. Das kennen wir ja schon. Dann hat er aber gesagt, in die neue Airline könne nur investiert werden, wenn sie auch rentiere. Hoppla! Wenn sie nicht rentiert, sind die Direktverbindungen nicht mehr wichtig? Aber seien wir nachsichtig: Kinder finden manchmal eigenartige Argumentationswege, um zu bekommen, was sie wollen.

Die Parolen der SP für den 2. Dezember

Abstimmungen Eidgenossenschaft

Ja zur Volksinitiative für eine Kapitalgewinnsteuer

Weil diese Steuer ein Schlupfloch schliesst, welches immer hemmungsloser genutzt wird (vgl. Seite 9).

Ja zur Initiative «Energie statt Arbeit besteuern»

Weil sie der Wirtschaft nicht schadet, der Umwelt aber nützt.

Nein zur Schuldenbremse

Weil so bisherige Aufgaben (z.B. Subventionen an die Landwirtschaft) quasi unter Schutz gestellt werden und die Erfüllung kommender, neuer Aufgaben praktisch verunmöglich wird.

Ja zur Initiative für einen zivilen Friedensdienst

Weil die Welt nur gesunden kann, wenn sich Leute für Frieden engagieren und dabei vom Staat aktiv unterstützt werden.

Stimmfreigabe zur Initiative «Schweiz ohne Armee»

Weil nach dem 11. September die Diskussion um Sicherheit grundsätzlich neu geführt werden muss.

Abstimmungen Kanton

Nein zur Volksinitiative für eine Einheitspolizei

Weil Polizeien auf Gemeindeebenen, die am besten wissen, wo und wie sie ihre Ressourcen einsetzen, besser sind, als ein zentral gesteuerter Polizeimoloch mit 4500 PolizistInnen (vgl. Seite 10)

Abstimmungen Gemeinde

Ja zum Kredit Informatik an der Oberstufe

Weil die SP Uster und die Ustermer Stimmberechtigten bereits zum analogen Kredit für die Primarschule Ja gesagt haben.

Eigenössische Abstimmung vom 2. Dezember 2001: Kapitalgewinnsteuer

Eine Frage der Gerechtigkeit

Kaum jemand bestreitet, dass aus Gerechtigkeitsgründen die privaten Kapitalgewinne wie andere Einkommensbestandteile zu besteuern wären. Wie das Arbeitseinkommen und Zinsen erhöhen auch Kapitalgewinne die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Da jeder Bürger und jede Bürgerin im Verhältnis der ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln – unabhängig von deren Quelle – zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs beitragen muss, sind alle diese Einkommensarten gleichermaßen in die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung einzubeziehen.

Von Serge Gaillard,
Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Eine Besteuerung der Kapitalgewinne drängt sich aber auch aus ökonomischen Gründen auf. Die Nichtbesteuerung von privaten Kapitalgewinnen führt zu unerwünschten «Verzerrungen» in der Wirtschaft. Unternehmungen verzichten auf eine Gewinnausschüttung (weil die Dividenden versteuert werden) und ziehen es vor, die Gewinne zurückzubehalten, wodurch der Marktwert der Aktien steigt (steuerbefreite Kapitalgewinne). Durch diesen Effekt wird der Strukturwandel behindert, weil Ausschüttungen auch dann ausbleiben, wenn es sinnvoll wäre, in andere Unternehmungen und Branchen zu investieren.

Ungerechte Bevorzugung der Banken

Eine Steuerlücke rechtfertigt die nächste. Versicherungen reklamieren für ihre Versicherungsprodukte Steuerbegünstigungen, damit ihre Sparangebote nicht weniger konkurrenzfähig sind als diejenigen der Banken, die von der Steuerbefreiung der privaten Kapitalgewinne profitieren. Und die Besteuerung des Eigenmietwertes soll abgeschafft werden, weil die damit verbundene Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen dazu führt, dass die Hypotheken in Aktien oder steuerbegünstigte Versicherungsformen investiert werden. Schuldzinsen werden auf diese Art von der Bemessungsgrundlage für die Steuern abgezogen, die mit den Schulden erzielten Gewinne bleiben steuerfrei oder -begünstigt.

Eine Besteuerung privater Kapitalgewinne drängt sich auch auf, weil dieser Einkommens-

38
KAPITALMARKT
Tagess-Anzeiger - Dienstag, 30. Oktober 2001

Niedrige Umsätze bei freundlicher Tendenz

Die Schweizer Obligationenbörse hat am Montag bei niedrigen Umsätzen freundlich tendiert. Händler sagten, die schwachen Aktienbörsen und die anhaltend negativen Konjunkturdaten sprechen für Engagement im Bonds. «Soweit wir bisher sehen können, haben die Ereignisse vom 11. September doch tiefere Spuren hinterlassen als bisher angenommen», sagte ein Händler. Und von den in der laufenden Woche anstehenden Daten werde mehrheitlich eine Bestätigung der negativen konjunkturellen Trends erwartet. Vor allem lange Papiere seien gesucht gewesen. «Sonst läuft es wie an den Vortagen: selektiv recht gute Nachfrage, aber insgesamt ein ruhiger Markt», sagte ein Händler. Nun stehe bei den einheimischen Daten der Schweizer Einkaufsmanger-Index im Zentrum des Interesses. (Reuters)

Schweiz		Verf. Rend. % (Vorgab. 20.10.)	
Währung	Währung	Währung	Währung
1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF
1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF
1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF

OBLIGATIONEN

Währung	Währung	Währung	Währung
1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF
1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF
1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF	1000 CHF

Eurobonds in Dollar

Währung	Währung	Währung	Währung
1000 USD	1000 USD	1000 USD	1000 USD
1000 USD	1000 USD	1000 USD	1000 USD
1000 USD	1000 USD	1000 USD	1000 USD

Ausland

Währung	Währung	Währung	Währung
1000 USD	1000 USD	1000 USD	1000 USD
1000 USD	1000 USD	1000 USD	1000 USD
1000 USD	1000 USD	1000 USD	1000 USD

Die Kapitalgewinnsteuer schliesst ein Steuerschlupfloch, welches immer hemmungsloser genutzt wird.

bestandteil in den letzten 10 Jahren deutlich zugenommen hat. Es sind vor allem BezügerInnen hoher Einkommen, die dank ihnen meist ansehnlichen Vermögen von der Steuerbefreiung profitieren können. Demgegenüber können die «normalverdienenden LohnempfängerInnen» kaum davon profitieren. Die Kapitalgewinnsteuer ist also eine Frage der Gerechtigkeit.

Drei gegnerische Argumente ...

All unsere Argumente werden kaum bestritten. Deshalb versuchen die Gegner der Kapitalgewinnsteuer diese durch drei Behauptungen zu bekämpfen: 1. Der Ertrag einer Kapitalgewinnsteuer sei zu gering. 2. Sie kollidiere mit der Vermögenssteuer. 3. Sie schwäche den Finanzstandort Schweiz.

... und warum sie falsch sind:

- Zu geringer Ertrag: Die Ansicht, dass eine Kapitalgewinnbesteuerung wenig bis nichts einbringe, stützt sich auf Zahlen der siebziger und achtziger Jahre. In der Zwischenzeit hat sich das Anlageverhalten jedoch grundlegend geändert, das sogenannte Aktiensparen hat grosse Verbreitung gefunden. Je nach Ausgestaltung kann eine Kapitalgewinnsteuer dem Staat beträchtliche Einnahmen bringen: In den USA machte sie 1995 rund 4.5 Prozent aller Einnahmen des Landes aus. Sie ist massgeblich verantwortlich für die hohen Überschüsse im US-Staatshaushalt. Es ist auch bezeichnend, dass die Eidgenossenschaft in den letzten Jahren seine eigenen

Steuereinnahmen im Bereich der Dividendenbesteuerung massiv unterschätzt hat – es ist zu vermuten, dass ihm dasselbe auch bei den Erträgen einer Kapitalgewinnsteuer passiert wäre.

- Kollision mit der Vermögenssteuer: Die GegnerInnen verwechseln hier den Unterschied zwischen Dividende und Kapitalgewinn. Eine Dividende wird auf den Erfolg des Unternehmens ausbezahlt und muss versteuert werden. Der Kapitalgewinn resultiert aber aus dem Verkauf der Aktien und ist bislang steuerfrei. Viele hochbezahlte Manager beziehen einen Teil ihres Lohns in Aktien, sie beziehen also steuerfreien «Lohn». Etwas was den «normalen» LohnbezügerInnen verwehrt bleibt...
- Schwächung des Finanzstandortes Schweiz: Es ist eine Tatsache, dass ausser Griechenland alle europäischen Staaten genauso wie die USA eine Kapitalgewinnsteuer kennen. Sie ist also keine die Erfindung irgendwelcher «Sozialisten», sondern gehört im Gegenteil zum Standard des Steuersystems eines westlich orientierten Staates.

Das Fazit ist klar: Es gibt keine ökonomischen Gründe, die gegen die Kapitalgewinnsteuer sprechen, es gibt aber ethische– Gerechtigkeit – und steuersystematische Gründe – alle Einkommensarten sind gleich zu besteuern –, die für die Kapitalgewinnsteuer sprechen. Die Initiative verdient deshalb ein klares Ja. (Bearbeitung: Stefan Feldmann)

Kantonale Abstimmung vom 2. Dezember 2001: Volksinitiative Einheitspolizei

Ende einer bürgernahen Polizeiarbeit



Soll es im Kanton Zürich künftig eine Polizei geben, die in allen Gemeinden für alle polizeilichen Aufgaben zuständig ist oder sollen die grösseren Städte und Gemeinden ihre eigenen Polizeikorps behalten dürfen? Darüber entscheiden die Stimmberechtigten im Kanton Zürich am 2. Dezember. Für die SP macht die vorgeschlagene Lösung ebenso wenig Sinn wie für die Stadt Uster.

Von Stefan Feldmann,
Sekretär SP-Kantonsratsfraktion

Die Vorgeschichte ist bekannt: Die Stadt Zürich musste im Rahmen der Neuregelung der Lastenabteilung für die Kantonshauptstadt weite Teile ihrer Kriminalpolizei an den Kanton abgeben. Sie tat dies eher widerwillig, das Gezerre zwischen der kantonalen Polizeidirektorin Rita Fuhrer und der städtische Polizeivorsteherin Esther Maurer ist noch in bester Erinnerung. Nach einem langen Hin und Her wurde schliesslich «Urban Kapo» geboren.

Eine Lex Zürich?

Ohne das Gezerre um die Kripo der Stadt Zürich wäre die Idee einer Einheitspolizei gar nicht aufgetaucht. Und hier liegt bereits ein grundlegender «Konstruktionsfehler» der Initiative: Sie wurde lanciert um «Urban Kapo» zu verhindern. Nur: «Urban Kapo» ist installiert, das Personal der Stadt durch den Kanton übernommen, «Urban Kapo» funktioniert (ob besser oder schlechter bleibe dahingestellt). Es gibt schlicht nichts mehr zu verhindern.

Und weil es sich bei der «Volksinitiative für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» um eine eigentliche Lex Zürich handelt, wird die Idee fast ausschliesslich von betroffenen Polizeikräften und der stadtzürcher Freisinnigen getragen. In allen anderen Gemeinden mit eigenen Stadt- oder Polizeikorps – es sind dies doch immerhin 39 Städte und Gemeinden – gibt es mit der Aufgabenteilung zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei keine nennenswerten Probleme, eine Änderung des bewährten Systems ist deshalb nicht zu realisieren.



Durch eine Zusammenlegung aller Polizeikorps entstünde ein Megakorps von 4'500 PolizistInnen – eine veritable, zentral gesteuerte Polizeibrigade.

Verlust der Gemeindeautonomie

Und die betroffenen Gemeinden mit eigenen Polizeikorps wehren sich denn auch gegen die Einheitspolizei, denn sie befürchten den Verlust der Gemeindeautonomie. Zurecht: Polizeidirektorin Rita Fuhrer hat in der Kantonsratsdebatte klar gemacht, dass eine Einheitspolizei nur heissen kann, dass die Kantonspolizei künftig alleine auf dem ganzen Gebiet des Kantons Zürich für alle polizeilichen Aufgaben zuständig ist. Somit ist auch der Kanton für die Schwerpunktsetzung innerhalb der polizeilichen Arbeit zuständig. Anders ist dies auch fast nicht machbar: Die Polizei ist ein hierarchisch, militärisch organisierter Betrieb, ein Teilung der Kommandobefugnis zwischen Kanton und Gemeinden deshalb gar nicht möglich.

Eine zentrale Einsatzplanung durch den Kanton brächte für die Gemeinden aber schwerwiegende Nachteile mit sich. Die Probleme und damit die Bedürfnisse einer Grossstadt wie Zürich, einer Agglomerationsstadt wie Uster oder einer Landgemeinde wie Trüllikon sind sehr unterschiedlich. Sie sind es deshalb auch,



Ein zentraler Einkauf von Uniformen, Polizeiautos und Bussen dürfte wohl auch ohne Einheitspolizei machbar sein, ein wenig Koordination reicht da völlig.

die dank ihrer Orts-, ihrer Milieu- und Personenkenntnis wissen, wo sie ihre Schwerpunkte zu setzen und so ihre Ressourcen möglichst gut einzusetzen haben. Und nur durch dieses Wissen ist eine bürgernahe Polizeiarbeit gegeben und nur dadurch kann das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt werden.

Ein Korps von 4'500 PolizistInnen?

Die BefürworterInnen führen nun an, dass in Kantonen wie Zug oder Schaffhausen die verschiedenen Polizeikorps zu Einheitspolizeien zusammengeführt worden sind. Damit werden



Ziel ist eine bürgernahe Polizeiarbeit. Nur dadurch kann das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt werden.

aber Äpfel mit Birnen verglichen: Das Einheitspolizeikorps von Schaffhausen ist kleiner als das Polizeikorps der Stadt Winterthur (was auch nicht erstaunt, hat doch der Kanton weniger EinwohnerInnen als die Eulachstadt). Durch eine Zusammenlegung aller Polizeikorps entstünde ein Megakorps von 4'500 PolizistInnen – eine veritable, zentral gesteuerte Polizeibrigade. Bliebe noch das zweite Argument, zu welchem die BefürworterInnen gerne greifen, dass nämlich durch die Vereinheitlichung von Ausrüstung und Ausbildung Kosten gespart werden könnten. Aber ich bitte Sie! Ein zentraler Einkauf von Uniformen, Polizeiautos und Bussen dürfte wohl auch ohne Einheitspolizei machbar sein, ein wenig Koordination reicht da völlig.

Die Initiative bringt niemandem etwas: Die Stadt Zürich gewinnt nichts, gerät vom Regen in die Traufe, aber die Gemeinden mit eigenen Polizeikorps verlieren ihre Autonomie, geraten vom Sonnenschein in die Traufe. Deshalb bleibt nur ein Fazit: Die Initiative Einheitspolizei verdient ein klares Nein.

Die SP-Gemeinderatsliste

An ihrer Sektionsversammlung vom 23. Oktober haben die Mitglieder der SP Uster die Gemeinderatsliste für die Wahlen vom 3. März 2002 nominiert. Acht der bisherigen zehn Gemeinderatsmitglieder treten erneut zur Wahl an, nicht mehr kandidieren Laurenz Steinlin – nach 16 Jahren Ratszugehörigkeit – und Juso-Gemeinderätin Annalena Moser, welche sich für den Moment auf ihr Studium konzentrieren möchte. Die SP Uster ist erfreut, dass sich das erfolgreiche Gemeinderats-Team fast vollständig wieder zur Wahl stellt und ist glücklich, für die ersten Listenplätze hinter den Bisherigen KandidatInnen gefunden zu haben, die für den Gemeinderat beste Qualifikationen mitbringen: So befinden sich unter den Neukandidierenden Personen mit parlamentarischer Erfahrung (Reto Dettli, ehem. Gemeinderat in Zürich; Martin Zwyszig, ehem. Gemeinderat in Opfikon), Personen mit Behördenfahrung (Lennie Overdulve, Mitglied der Heimkommission Dietschwil) aber auch Personen, die sich in Uster andersweitig an wichtiger Stelle engagieren (Patricia Bernet, Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung; Marc Meyer, Präsident des Freizeit- und Jugendhauses Uster).

Die Liste im einzelnen:

1. Stefan Feldmann (bisher)
2. Barbara Thalmann (bisher)
3. Dagmar Anderes (bisher)
4. Rolf Graf (bisher)
5. Peter Mathis (bisher)
6. Christian Wüthrich (bisher)
7. Rosemarie Gartmann (bisher)
8. Ruth Aschwanden (bisher)
9. Reto Dettli
10. Patricia Bernet
11. Marc Meyer
12. Lennie Overdulve
13. Anna-Pitschna Parli
14. Walter Brügel
15. Martin Zwyszig
16. Maya Nussbaum
17. Erika Kummer
18. Karin Diezinger
19. Peter Altdorfer
20. Regula Trüeb
21. Christine Zbinden
22. Oli Sennhauser
23. Maja Tschanz
24. Silvana Sperduto

M i s c h - M a s s e

25. Bruno Schwarz
26. Margrit Enderlin
27. Walter Strucken
28. Regula Brändli
29. Hans Conrad Daeniker
30. Peter Macher
31. Kristin Carbone
32. Paul Schär
33. Andreas Kisch
34. Letizia Fiorenza
35. Christoph Strucken
36. Fredi Gut

Vorstösse

Seit dem letzten FORUM hat die SP/Juso-Fraktionen einen neuen Vorstoss eingereicht und hat der Stadtrat einen Vorstoss aus den Reihen der SP beantwortet.



SP-Gemeinderätin **Barbara Thalmann** will mit einer Interpellation vom Stadtrat in Erfahrung bringen, welche Auswirkungen eine Anflugschneise über Uster auf die Raumplanung haben würde. Da Uster bei einer Änderung des Anflugregimes in den Bereich des sogenannten «Planungswertes» käme, dürften keine neuen Wohnzonen mehr eingezont werden. Barbara Thalmann will deshalb wissen, welche Auswirkungen dies auf die Bevölkerungsstruktur der Stadt Uster haben würde und ob neue planerische Schwerpunkte, z.B. vermehrt Arbeitsplätze statt Wohnen, gesetzt werden müssten. Die Behandlung der Interpellation stand bei Redaktionsschluss noch aus.



Beantwortet hat der Stadtrat eine Kleine Anfrage von SP-Gemeinderat **Stefan Feldmann**. Er wollte vom Stadtrat wissen, ob seit der Umstellung bei der Auszahlung von Krankenkassen-Prämienverbilligungen (von der automatischen Auszahlung auf eine Auszahlung nur auf Antrag) weniger Menschen solche Verbilligungsgelder beziehen. Und dies ist in der Tat der

Fall: Während vor dem Systemwechsel 15 Prozent der Bezugsberechtigten keine Verbilligungsgelder bezogen haben, so sind es nun 20 Prozent. Es ist zu befürchten, dass dies vor allem ältere Menschen, Menschen mit mangelnden Deutschkenntnissen und sozial benachteiligte Personen sind, die vom Systemwechsel nichts bemerkt haben und deshalb ihren berechtigten Anspruch auf Verbilligungsgelder verloren haben. Dennoch sieht der Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund, beim Kanton eine Rückkehr zum alten System zu beantragen.

Verfassungsrats-Präsidentin



Für einmal gratuliert FORUM über die Stadtgrenze hinweg: Der Verfassungsrat des Kantons Zürich hat **Ursula Leemann** am 25. Oktober zur Präsidentin gewählt. Da Ursula Leemann in Esslingen wohnt, stellt die SP des Bezirks Uster nun also gleich beide PräsidentInnen der beiden kantonalen Parlamente. Und weil in Esslingen vielleicht kein genügend grosser Saal vorhanden ist, um den Gesellschaftlichen Anlass des Verfassungsrates durchzuführen, kommt ja Ursula mit ihren «Schäfchen» vielleicht nach Uster. Denn dass die Bezirkshauptstadt solche Feste zu organisieren versteht, weiss man spätestens seit dem Fest für Kantonsratspräsident Martin Bornhauser...

Veranstaltungskalender

16.11. «sogar der Rede wert» –

Apéro, Talk, Gespräch und Diskussion
ab 18.00 Barbetrieb, 19.07

Der spezielle Talk
sogar theater, Josefstrasse 106, Zürich
Nach des Tages Mühe lockere Atmosphäre,
Apéro und Pianomusik, mit Freundinnen und
Freunden und die Gelegenheit, alte Bekannte zu
treffen. Und um sieben nach sieben (19.07 Uhr)
Politainment mit Gegensätzen. Ein Thema, ein
Moderator, zwei Gäste, viel Publikum – und alle
haben sich etwas zu sagen. Gäste: Umberto Blu-
mati und Andreas Reinhart. Eintritt: Fr. 10.–
www.spzuerich.ch/spbildung
spbildung@spzuerich.ch

22.11. Bosshard - Gerber - Quintett **FORUM-TIP**

20.30 Jazz-Container
Eintritt Fr. 25.- /20.-

Ernst Gerber zählt zu den bekanntesten Stimmen
der Zürcher Jazzszene. Nun setzt sich der 60-
jährige Saxophonist mit vier Musikern zusam-
men, deren Namen nicht minder und aus ver-
schiedensten Projekten bekannt sind. Roberto
Bosshard spielt die Gitarre wie keiner hierzu-
lande, Hämi Hämmerli ist das Urgestein unter
den Schweizer Bassisten, Schlagzeuger Elmar
Frey (der jüngste dieser All-Stars-Truppe) hat be-
reits ein fast unglaubliches internationales Pal-
mares vorzuweisen, und Pianist Alessandro
d'Episcopo hat bei Chet Baker und Toots Thiele-
manns begonnen und ist – ein Glück für die hie-
sige Szene! – von Napoli nach Zug gezogen.

24.11 Martin Bürgi Group **FORUM-TIP**

(CH / USA / I / H / E)
20.30 Jazz-Container
Eintritt Fr. 25.- /20.-

Einmal mehr hat die «Berklee-Connection» eine
umwerfende Band entstehen lassen. Am Bosto-
ner Jazz-College hat der junge Zürcher Saxer
Martin Bürgi den sizilianischen Bassisten Daniele
Camarada, den ungarischen Drummer Ferenc
Nemeth und den galizischen Akkordeonisten
Victor Pietro Cruz kennen gelernt. Alle drei spie-
len nun bei seinem Projekt «End of a Love Affair»
mit, einer hochgelobten, energiegeladenen Jazz-
produktion, die von Einflüssen aus Funk, Soul
und Swing lebt – und mächtig pulsiert. Aus der
Schweiz ist nebst Bürgi der sensible Gitarrist Felix
Utzinger zu hören. Big Star des Sextetts ist kein
Geringerer als Vibraphonist Dave Samuels, be-
kannt von Spyro Gyra und einstiger Sideman von
Oscar Peterson, Stan Getz, Carla Bley, Pat Me-
theny, Frank Zappa!

24.11 Wir sind Partei.

Sozialdemokratisch.
Grundlagenkurse 2001, Teil 2
9.30 bis 17.00 Uhr Volkshaus Zürich

Die SP ist als einzige grosse Partei in der Schweiz
sozial, frauenfreundlich und ökologisch. Viele
konkrete Erfolge zeigen, dass dieses Image nicht
nur Rhetorik ist. Dennoch leidet die Partei unter

einer deutlichen Verunsicherung und zwar insbe-
sondere was ihre Traditionen, Grundlagen,
Werte und Perspektiven betrifft. Wir wollen der
Frage nachgehen, warum und wofür wir heute
noch Partei ergreifen. Warum stellen wir uns in
die Tradition einer über hundertjährigen Arbei-
terbewegung, die es im ursprünglichen Sinn nicht
mehr gibt? Auf welche Traditionen wollen wir
uns berufen, auf welche nicht? Welche linken
Perspektiven werden zur Zeit diskutiert?

Themen Teil 2:

- «Freiheit, Gleichheit, Solidarität» – die Grund-
werte der Sozialdemokratie
- «Wege ins Paradies?» – Utopien und Perspekti-
ven

Mit Heidi Witzig, Historikerin, Willy Spieler, Re-
daktor «Neue Wege», Ruedi Strahm, Nationalrat
Leitung: Fabrizio Boeniger und Sonja Rüegg
Preise (für einen Kursteil): Für SP-Mitglieder Fr.
50.-, für Nicht-Mitglieder Fr. 100.-, für Men-
schen mit wenig Geld Fr. 25.-
www.spzuerich.ch/spbildung
spbildung@spzuerich.ch

5.12 SP-Chlaus

20.00 Uhr Rest. Sonne
auch SP-Chläusinnen und -Chläuse
schwätzen und spielen gerne

8.12. Barbara Dennerlein Trio **FORUM-TIP**

(D / I / ARG)
20.30 Jazz-Container
Eintritt Fr. 35.- /30.-

Jazz sei für sie ein Synonym für Freiheit, Freiheit
von Zwang und Konvention, sagt Barbara Den-
nerlein. Entsprechend variantenreich ist der
Sound der deutschen Weltklasse-Organistin, die
bereits zum vierten Mal in Uster zu Gast ist. Eine
brillianten Technikerin und allen stilistischen Spiel-
arten aufgeschlossen, reist sie das Publikum bei
jedem Gig zu Begeisterungstürmen hin. Als Be-
gleiter präsentiert die 35-Jährige heuer den italie-
nischen Gitarristen Gino Samele und den argenti-
nischen Perkussionisten Daniel Messina.

14.12 «sogar der Rede wert»

Apéro, Talk, Gespräch und Diskussion
ab 18.00 Barbetrieb, 19.07 Der spezielle Talk
sogar theater, Josefstrasse 106, Zürich

Nach des Tages Mühe lockere Atmosphäre,
Apéro und Pianomusik, mit Freundinnen und
Freunden und die Gelegenheit, alte Bekannte zu
treffen. Und um sieben nach sieben (19.07 Uhr)
Politainment mit Gegensätzen. Ein Thema, ein
Moderator, zwei Gäste, viel Publikum – und alle
haben sich etwas zu sagen.

Gäste: Iso Camartin und Maja Wicki
Eintritt: Fr. 10.-
www.spzuerich.ch/spbildung
spbildung@spzuerich.ch

13.1 1. Sonntags-Apéro

SP-Wahl-Apéro mit Gästen
Nähere Angaben über Ort und Personen folgen.

15.1 SP-Sektionsversammlung

20.00 Uhr Rest. Sonne

voraussichtliche Nominationen für die Wahl der
Sozialbehörde und für die Primar- und Oberst-
schulpflege-Wahlen 2002. Genauere Infos
folgen.

18.1 «sogar der Rede wert»

Apéro, Talk, Gespräch und Diskussion
ab 18.00 Barbetrieb, 19.07
Der spezielle Talk
sogar theater, Josefstrasse 106, Zürich

Nach des Tages Mühe lockere Atmosphäre,
Apéro und Pianomusik, mit Freundinnen und
Freunden und die Gelegenheit, alte Bekannte zu
treffen. Und um sieben nach sieben (19.07 Uhr)
Politainment mit Gegensätzen. Ein Thema, ein
Moderator, zwei Gäste, viel Publikum – und alle
haben sich etwas zu sagen.
Gäste: Zita Küng und Markus Notter
Eintritt: Fr. 10.-
www.spzuerich.ch/spbildung
spbildung@spzuerich.ch

20.1 2. Sonntags-Apéro

SP-Wahl-Apéro mit Gästen
Nähere Angaben über Ort und Personen folgen.

27.1 3. Sonntags-Apéro

SP-Wahl-Apéro mit Gästen
Nähere Angaben über Ort und Personen folgen.

3.2 4. Sonntags-Apéro

SP-Wahl-Apéro mit Gästen
Nähere Angaben über Ort und Personen folgen.

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER
TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen Genossenschaft Zentralstrasse 18, Uster

Öffnungszeiten:
Montag vormittag geschlossen 14.00–18.30
Di–Fr 9.00–12.30 14.00–18.30
Samstag 9.00 durchgehend bis 16.00

Inserat

Inserat

Realtà o fantascienza

Dal tragico attacco terroristico a New York del 11 settembre tutto il mondo ha incominciato a vedere alcune situazioni dell'amara realtà. Però tuttora molti di noi non possono credere a tutto ciò che è successo.

Conte Italo da Boston
per la CLI-Uster

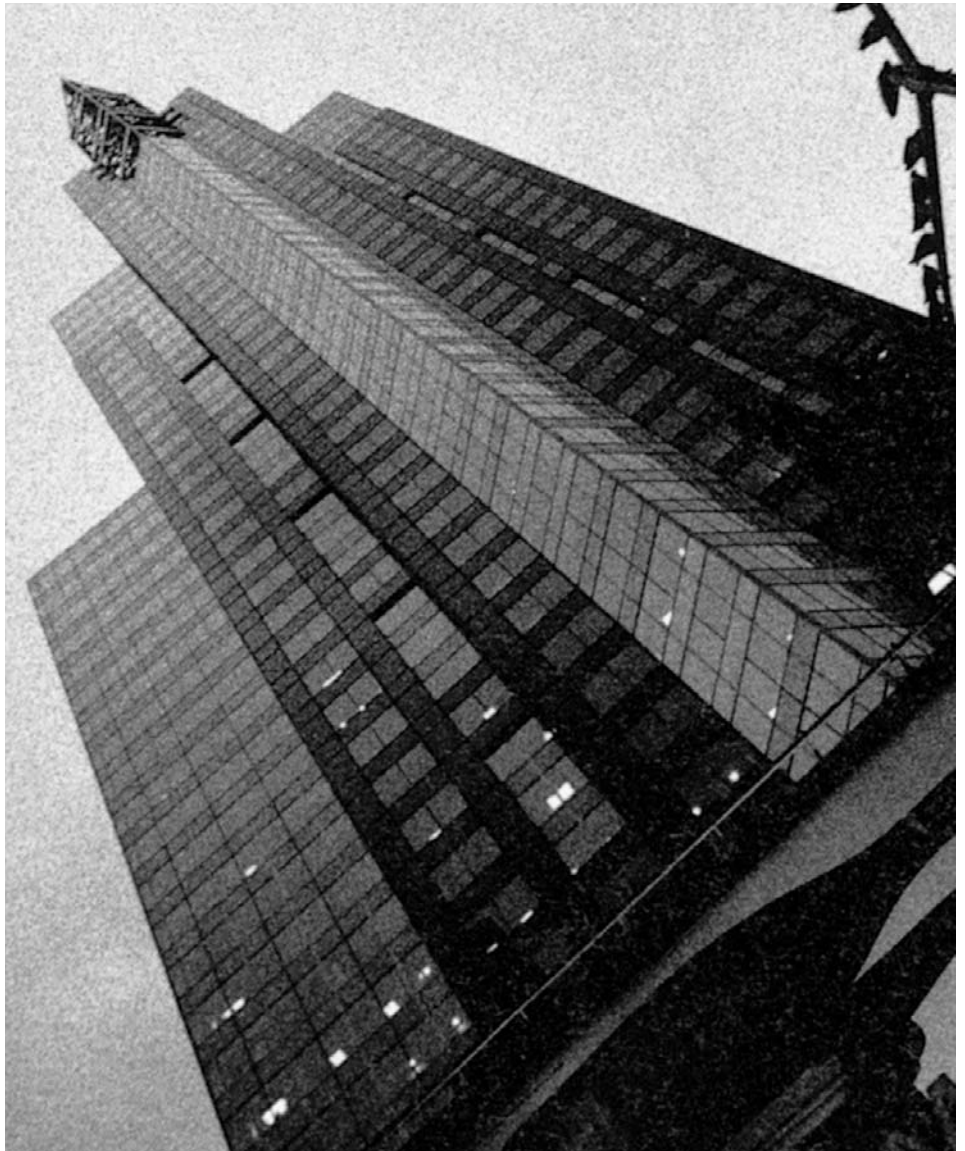
In ogni modo vi posso confermare di persona che all'imbarco di Milano Malpensa tutti gli aerei per gli USA subiscono un ritardo di più di un'ora, ma non per motivi tecnici ma per i rigidi controlli che vengono fatti all'aereo prima del decollo da varie pattuglie di polizia che controllano l'aereo esternamente e internamente. Anche dopo l'imbarco vengono controllate tutte le persone singolarmente, comprese tutte le valigette da 24ore, i cellulari e i computer portatili. Bisogna poi dimostrare che gli oggetti strani trovati vengono usati per l'uso prescritto e non per altro! Personalmente sono del parere che era ora che venivano prese delle precauzioni così rigide. Io credo che tutto il mondo stia vivendo da più di un mese una situazione che è difficile da accettare e che non sappia più distinguere tra la realtà o la fantascienza.

Qui a Boston in ogni angolo della città ci sono dei centri di offerte per la croce rossa. Nei parchi e negozi c'è la vendita di magliette e cappelli con la scritta "non dobbiamo mai dimenticare l'11 settembre 2001" e con la bandiera statunitense.

Anche qui il ricavato va in beneficio della croce rossa. Un particolare che ho anche notato è che in tutti i centri commerciali e davanti ai piccoli negozi sventola sempre la bandiera americana per far sentire il popolo ancora più unito, forte e sicuro. Riguardo la sicurezza sembra che qui il popolo americano sia sicuro. Infatti sono state attivate tutte le sicurezze a livello 1 su ogni città e spazio aereo e tutta la costa è controllata da militari, dunque non c'è niente da temere.

Oggi 13 ottobre 2001 i giornali parlano di un probabile attacco contro gli Stati Uniti per il fine settimana, dunque hanno messo in guardia i cittadini, molti grattacieli agli ultimi piani sono stati evacuati e non ci si può andare fino in cima! Però sembra che i cittadini continuino il proprio ritmo di vita come sempre ad ogni fine settimana.

Ogni giorno leggiamo il giornale e vediamo aerei spia che possono individuare da 10000 metri ogni singola persona, aerei ad alta tecnologia, poi si sente parlare di anthrax, attacco di armi chimiche, di vaccino anti-anthrax e così via dicendo. Ora mi domando: tutto questo è realtà o fantascienza? Spero solo che tutto abbia un lieto fine come i film di fantascienza.



Oggi 13 ottobre 2001 i giornali parlano di un probabile attacco contro gli Stati Uniti per il fine settimana. Spero solo che tutto abbia un lieto fine come i film di fantascienza.

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

www.forumonline.ch

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 14 600

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza, Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

Riduzione delle imposte a Uster: Falsa politica finanziaria borghese

È in ballo la salute finanziaria di Uster

Neanche a me piace eccessivamente pagare le tasse. È un po' come andare dal dentista una volta all'anno per il controllo. Nessuno ci va volentieri, eppure ci andiamo, anche se a volte fa male. Ciò perché sappiamo che è necessario se non vogliamo più tardi patire ancora di più. Con le tasse la situazione è simile: A nessuno piace pagarle, a volte ci fanno male, ma accettiamo di averle, perché sappiamo che se non paghiamo adesso, più in là non sapremmo come affrontare le spese del Comune e magari saremmo costretti a sborsare ancora più del previsto.

Infatti devo dire - e con ciò condivido il parere della frazione del Partito Socialista e dei Giovani Socialisti (SP/Juso) - che non sono in generale contro una riduzione del moltiplicatore delle imposte (=Steuerfuss = il percento su quello che guadagnamo e che paghiamo sotto forma di tasse), ma solo se finanziariamente stiamo così bene da potercelo permettere senza correre alcun rischio.

Già con l'ultimo budget la città di Uster ha intrapreso una via incomprensibile. Nonostante il budget risultasse negativo, il Consiglio Comunale ha abbassato il moltiplicatore delle imposte dell'uno per cento. Ciò corrisponde al caso di uno che riduce le proprie ore di lavoro nonostante il suo stipendio (e risparmiando su tutti i campi) basti solo per coprire il fabbisogno più stretto. Cosa che nessuna persona responsabile farebbe di sua spontanea volontà. E un budget privato non differisce tanto dal budget dell'Amministrazione Pubblica, almeno per quanto riguarda il bilancio corrente: Le spese annuali dovrebbero se possibile essere coperte dagli introiti correnti, per non dover ricorrere ai risparmi che nel caso di Uster non sono nemmeno molto alti.

Ideale sarebbe produrre ogni anno un piccolo sovrappiù, un saldo utile, che contribuirebbe a far fronte alle investimenti future per le scuole, gli ospizi o i mezzi di trasporto, investimenti che a Uster si dovranno effettuare in ogni modo e se possibile senza doversi indebitare di nuovo. Per il 2001 abbiamo avuto fortuna: La compensazione cantonale (vedi spiegazione in basso) è stata per il 2001 di 14 milioni di franchi, 4 milioni più del preventivo, così che il bilancio potrà chiudere con un saldo utile.

Non ci vuole niente a fare un deficit

Per il 2002 il Consiglio Comunale vuole nuovamente ridurre le imposte del 2 per cento per il comune e del 2 per cento per l'amministrazione delle scuole medie. In questo modo, aggiungendo i due budget - da un saldo utile di un milione di franchi ci troveremo di fronte a un deficit di 1,2 milioni di franchi. Il Consiglio Comunale non si è domandato se Uster può permettersi una riduzione simile o se se lo è domandato si è dato la risposta sbagliata.



Perché questa volta ha spremuto le entrate fino all'ultima goccia: Nel budget è previsto che la compensazione cantonale ammonterà nel 2002 nuovamente a 14 milioni di franchi, pur sapendo che non rientra nelle nostre facoltà decidere quanto riceveremo. Mettiamo per esempio il caso che, dopo il crash della Swissair, le entrate fiscali dei comuni attorno all'aeroporto diminuiscano notevolmente e che il cantone sia costretto a intervenire. In una costellazione tale Uster rischia una notevole riduzione della compensazione cantonale.

Gli ammortizzamenti straordinari sono stati ridotti a 2 milioni netto. In una investizione "sana" ciò non basta neanche per i prossimi due anni, dopodiché gli ammortizzamenti aumenteranno ogni anno di ca. 1.5 milioni di franchi, così che saremo costretti a rialzare il moltiplicatore delle imposte se non vogliamo perdere le redini del bilancio. Le conseguenze di questa politica: Già in breve tempo vivremo a costo della sostanza, dei risparmi, invece di investire nel futuro della nostra città.

Uster non ha scelta

Anche voi dovete decidere come volete impiegare i vostri risparmi: Preferite non andare a lavorare per un anno e far fronte alle vostre spese giornaliere con i soldi che avete messo da parte in banca, o preferite investire i vostri risparmi nella vostra casa? L'unica cosa certa è che i vostri soldi li potete spendere solo una volta. Ma almeno avete la scelta. La città di Uster invece non ha questa scelta perché la maggior parte delle investimenti da effettuare sono dettate dalla legge, (per esempio: mettere a disposizione lo spazio necessario per le scuole, sanare la canalizzazione) o non sono rimandabili più al lungo (investizioni in ospizi, nell'ospedale). Il margine di libertà finanziaria a Uster è minimo e la frazione borghese del Consiglio Comunale vuole renderlo ancora più piccolo. Che eventualmente c'entrino le elezioni della primavera prossima?

Traduzione: Letizia Fiorenza

La compensazione cantonale (Steuerkraftausgleich) è

uno dei due strumenti del cantone per impedire che la differenza tra i comuni poveri e quelli ricchi aumenti di troppo. I comuni benestanti consegnano una parte del loro sovrappiù (saldo utile) al cantone in modo che i più "poveri", come Uster, possano adattare la loro capacità contributiva (= Steuerkraft= le imposte a testa) da un minimo del 70 per cento a un massimo del 90 per cento della media cantonale. Per poter ricevere questa compensazione, il nostro moltiplicatore delle imposte (=Steuerfuss=il percento su quello che guadagnamo e che consegnamo sotto forma di tasse) deve essere almeno così alto come la media cantonale.

Uster: Fondato il Gruppo Integrazione

Promuovere l'integrazione



È nell'interesse di tutti che si possa convivere nel rispetto della propria identità in modo sereno e civile, e che tutti si possano sentire parte integrante di questa società che si è sviluppata anche grazie al contributo degli stranieri.

Integrazione, una parola che abbiamo pronunciato e sentito molte volte, il cui significato a volte non ci è molto chiaro ma che racchiude una problematica vissuta ogni giorno da moltissimi stranieri. Il governo svizzero ha deciso di prendere dei provvedimenti finanziando vari progetti in tutta la Svizzera che hanno lo scopo di promuovere e agevolare l'integrazione degli stranieri nella società svizzera. A Uster si è formato un gruppo di lavoro chiamato "Gruppo Integrazione" che si prefigge di affrontare il problema formulando delle proposte. Questo gruppo di lavoro si è confrontato per primo con le seguenti domande: Dove e in quale campo si può realizzare l'integrazione? Quali sono le difficoltà e mancanze che ostacolano l'integrazione? Con quali misure o iniziative si può promuovere e favorire l'integrazione?

Valerio Modolo

Per esempio la lingua

Uno dei campi più importanti su cui lavorare, è senz'altro la lingua: organizzare corsi di lingua tedesca, stimolando la partecipazione, e considerare le diverse culture come un arricchimento per tutti. Una conoscenza migliore della lingua tedesca può facilitare il dialogo, aiuta a conoscerci meglio, a migliorare i contatti e a superare le barriere. Il gruppo di lavoro iniziale era formato da cinque membri. La presidente e coordinatrice, la signora Surbeck-Brugger, sindaco di Uster, Bruno Ehrensperger quale consulente della Kant. Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen, Daniela Salzman, Oberstufenschulpflege, Sil-

vana Sperduto, Presidente dell'AGAF (Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen) di Uster e Armin Manser del Dipartimento Sociale. Questo gruppo ha elaborato un piano di lavoro su come procedere. Verranno presi in considerazione i vari progetti stabilendo delle priorità sui provvedimenti da prendere. Il primo passo sarà quello di fondare una struttura di contatto che dovrà coordinare, informare, consigliare i diretti interessati e mantenere i contatti con il Gruppo Integrazione dell'Alto Zurighese. Uster si prefigge di essere un punto di riferimento per altri comuni che intendano promuovere e stimolare l'integrazione.

Chiesta la collaborazione dell'AGAF

La signora Surbeck, intervenendo ad una riunione dell'AGAF, ha spiegato cosa intende fare la città di Uster per promuovere l'integrazione, ritenendo importante che fosse coinvolto questo gruppo di lavoro che opera a Uster e che è formato da diverse associazioni straniere e svizzere. In seguito ha poi invitato la presidente Silvana Sperduto a far parte del Gruppo Integrazione. L'escutivo della città di Uster nella seduta dell'otto maggio 2001, ha approvato le proposte del Gruppo Integrazione deliberando un primo credito di 27'600 franchi per avviare questo progetto prendendo le seguenti decisioni:

1. Vengono accettate e approvate le proposte del Gruppo Integrazione.
2. Il lavoro viene affidato al Gruppo Integrazione fino alla costituzione di un ufficio apposito.
3. Incarica l'ufficio della presidenza con il sostegno del Gruppo Integrazione, di creare un

organo di coordinamento per l'Oberland zurighese e un ufficio di contatto a Uster per attuare i provvedimenti presi per il 2001 e preparare quelli per il 2002.

Al Gruppo Integrazione ora hanno aderito rappresentanti della scuola primaria e secondaria, la chiesa cattolica e quella protestante, alcune associazioni e anche varie istituzioni. Il lavoro svolto da questo gruppo è molto approfondito e interessante; fa un'analisi molto chiara della situazione, offre proposte su dove e come intervenire, sul lavoro che bisogna svolgere e su i provvedimenti che bisognerà prendere. Non entro nei particolari in questo articolo ma lo farò senz'altro in un'altra occasione. Questo progetto come detto verrà finanziato dalla Confederazione solo però se anche i cantoni e i comuni faranno la loro parte.

Ora si fa sul serio

Siamo molto soddisfatti che a Uster si affronti in modo serio questo problema. È nell'interesse di tutti che si possa convivere nel rispetto della propria identità in modo sereno e civile, e che tutti si possano sentire parte integrante di questa società che si è sviluppata anche grazie al contributo degli stranieri. Sono anni che si parla di integrazione a volte in modo astratto, ora sembra si voglia fare sul serio. Ci auguriamo che questo accada, altrimenti la distanza tra coloro che vivono ai margini di questa società, la popolazione indigena, le istituzioni e anche gli altri stranieri che si sono inseriti nel tessuto svizzero diventerà sempre più grande e questo non gioverebbe a nessuno e non sarebbe di buon auspicio per il futuro di questo paese.

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 209 Novembre 2001



P.P. Uster

Imposte regalate a Uster e altrove:

I ricchi godranno ...